

Bezugspreis:

Einzelheft 18.50 Pf., monatl. 5.50 Pf., ...

Anzeigenpreis:

Die abgesetzten Anzeigenpreise ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 9. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Ueberreichung der Noten.

Die deutsche Regierung hat in der Nacht vom Sonntag ...

Nach der großen Aufregung, die die Veröffentlichung der ...

Siehe diese Briefstelle den Sinn, den sie zu haben scheint ...

In den Blättern häufen sich Nachrichten, die auf eine ...

Es spricht somit ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit ...

Dieselbe Erklärung hat ja die deutsche Regierung auch ...

über Zeichen hinwegschritten, nicht einen einzigen von denen ...

Man braucht die Hoffnung nicht aufzugeben, daß dieser ...

Am Sonnabend, den 7. Februar, in später Abendstunde ...

Der Nordseite der Friedenskonferenz.

Paris, den 2. Februar 1920.

Herr Präsident!

In Ausführung des Paragraphen 3 des am 28. Juni 1919 ...

In die Aufstellung dieser Listen sind nicht alle die mit ...

Es liegt nicht in der Absicht der genannten ...

Gemäß Artikel 228 des Friedensvertrages sind bis auf den ...

Die oben bezeichneten Regierungen behalten sich vor, von ...

Eine weitere Mitteilung wird Sie in Beantwortung Ihres ...

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ...

gez. K. Millerand.

An Herrn Richter v. Leroyer, Vorsitzenden der deutschen ...

II.

Friedenskonferenz. Der Präsident:

Herr Reichskanzler!

In Ausführung der Artikel 228 bis 230 des Vertrages von ...

denen die alliierten Mächte die betreffenden Bestimmungen ...

Herr von Leroyer hat auf diese Mitteilung mit dem Briefe ...

Die Mächte haben nicht daran gezweifelt, daß die Handlung ...

Ich habe also die Ehre, Herr Richter, die Liste, welche Herr ...

Genehmigen Sie, Herr Reichskanzler, die Versicherung meiner ...

K. Millerand,

Präsident der Friedenskonferenz.

Die Auslieferungsliste.

Das Original der Auslieferungsliste übersteigt an Umfang ...

Die Auslieferung Hindenburgs und Ludendorffs wird ...

Paris, 8. Februar. (Habe.) Gestern abend gelangte die ...

Die Vorkonferenz sollte in ihrer geistigen ...

„Daily Chronicle“ das Londoner Blatt, schreibt, wenn die ...

Verlegenheit in Paris.

In Paris ist man in großer Verlegenheit wegen der ...

London, 7. Februar. Dem Neutralen Bureau wird aus ...

Die das Neutrale Bureau weiterhin meldet, kam der Rat ...

Amsterdam, 8. Februar. Der Pariser Korrespondent des ...

Verpflichtung überung Lloyd Georges sehr unangenehm berührt, da Frankreich dadurch Deutschland gegenüber in das Stadium einer heftigen Haltung kommt. Die Stimmung in Paris ist durch seinen Wegs englandfreundlich. Die Reise Millerauds nach London erhält dadurch ganz besondere Bedeutung. Man kann erwarten, daß die Haltung Lloyd Georges auch von Einfluß auf die Haltung der Alliierten in der Frage der Auslieferung des Kaisers sein wird.

Die Alliierten „nicht völlig einig“.

Paris, 7. Februar. „Evening Standard“ bringt eine Nachricht eines diplomatischen Korrespondenten, die englische Regierung habe ihrem Berliner Gesandten eine Note überreicht, die er dem Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten Müller überreichen solle, und die dem Reichsministerium seinen Entschluß erleichtern könnte. Das Blatt fügt hinzu, man dürfe nicht erwarten, wenn einige Abänderungen an dem Auslieferungsvorhaben vorgenommen würden. Die Alliierten seien nicht vollständig einig über den einzuschlagenden Weg. Der amerikanische und der japanische Delegierte, ebenso Lloyd George und Lord Curzon hätten sich völlig überzeugt von den Schwierigkeiten, vor denen die deutsche Regierung stehe, aber Frankreich sei durchaus anderer Meinung, während Italien sich zwischen den beiden entgegenstehenden Standpunkten halte. Diese Nachricht übermittelt der Londoner Korrespondent des „Zeit Journal“.

Berlin im „Echo de Paris“ heißt einmal fest, daß alle Klatschen, betreffend den Kaiser und die schuldigen Deutschen von Lloyd George kommen und fragt, warum Lloyd George heute sein Werk verleugne. Heute sage sich die patriotische Stundochse von Lloyd George los, er suche eine andere und wolle deshalb das Programm. Wenn Deutschland nicht erfüllen könne oder wolle, was es versprochen habe, dann müsse man feststellen, daß es im Verzug sei und müsse eine Kompensation verlangen.

Leroneys Weigerung.

Dr. Mayer fährt nach Paris.

Wie wir hören, empfangt der Reichsminister des Auswärtigen, Herr Dr. Mayer, den englischen und französischen Gesandten und teilt ihnen mit, daß Herr v. Leroneys beauftragt gewesen sei, die für die deutsche Regierung bestimmten Schriftstücke nach Berlin weiterzugeben. Seine Weigerung, dies zu tun, sei lediglich eine persönliche Sache gewesen.

Der deutsche Gesandte in Paris, Herr Dr. Mayer-Kaufmann, wird heute noch an der Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten teilnehmen und heute Nacht oder morgen früh die Reise nach Paris antreten.

Die deutsche Regierung hat sich bisher darauf beschränkt, den Empfang der ihr übermittelten Schriftstücke zu bestätigen. Eine Besprechung mit den Pariser Führern, die im Laufe des gestrigen Tages stattfand, ergab keine neuen Gesichtspunkte. Man war sich darüber einig, daß das letzte Wort der Nationalversammlung überlassen bleiben müsse. Eine Grundlage für ihre Entscheidung wird erst gegeben sein, wenn die angekündigte Antwort auf die Note vom 25. Januar eingetroffen sein wird.

Erzberger gegen die Auslieferung.

Reichsfinanzminister Erzberger gewährt dem Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ eine Unterredung, in der er u. a. etwa folgendes ausführte:

Die Auslieferung irgendeines Deutschen an die Entente sei einfach undurchführbar. Der Körper der Nation würde in einer Weise erschüttert werden, daß kein Mensch sagen könnte, was aus Europa würde. Die Frage, ob dieses Verhalten der Regierung in Einklang mit dem Friedensvertrag zu bringen sei, könne insofern nicht konstruiert werden, als der Vertrag nicht in feierlicher Vereinbarung unterzeichnet sei. Es habe Hoffnung bestanden, daß die Alliierten auf Grund gewisser Zusicherungen die Ablehnung der Hebernahme einer Verpflichtung nach Artikel 237 bis 239 annehmen würden. Nach der neuerlichen Drohung Clemenceaus sei am 23. Juni nichts anderes übrig geblieben, als unter dem ungeheuren Zwang

Die Fabrik.

Von P. Beschow.

Ein kleines Schloßhäuschen vor der Ort, hevor die Fabrik gebaut wurde, die den Hall des Bodens maybar für die menschliche Wirtschaft machte.

Sie hat zwei schmucklose, von ungeputzten Häusern wie Kasernen eingetragene Strahlen auf die wenigen ärmlichen Bauernhöfe geworfen, hat die überflüssigen Söhne der Bauern, Städte und Arbeiterlose wie wärmendes Licht angelockt, sie mit Arbeit und Brot versorgt.

Daß die Arbeiter dem gelbgelbigen Unternehmen in Kämpfen, die sie an den Rand des Verhungerns brachten, den Lohn ihrer Arbeit erst entziehen mußten — stärker fesselte es sie an die Fabrik.

Und nun steigt seit Wochen der Dampf des brennenden Kaltes nicht mehr in die Luft, veräuselt die Schneeflocken nicht mehr im Gebirg, ist der Weg von den Häusern nicht mehr von tausend Füßen zu einem Brei von Schlamm und Schnee zerstampft.

Werk, kaltglühend deckt ihn unberührter Schnee wie sein Zeichen, nur ein schmaler Pfad ist getreten zur Fabrikpforte, zum Defenshaus, unter dem ein schwarzer Rauch zittert, angehend, daß noch Leben in den Ofen pulst, verhindert ihre tödliche Erstarrung, die die tausend Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern brotlos machen würde.

Morgens und abends tropfen wenige Heizer wie ein dünner, herbenmattter Blutstrom zwischen Fabrik und Stadt.

In den Küchen drängen sich die Familien um den lauwarmen Ofen, fragen die Frauen bequämlig jeden Morgen:

„In der Nacht hörte ich die Gitterzüge rollen, sind vielleicht Kohlen gekommen?“

Verärgert, verbittert kommen die Männer vom Maßhaus und schweigen, ein düsteres, trostloses Schweigen.

Stundenlang stehen sie an den Fenstern, blicken hinüber zum Güterbahnhof, ihre Augen wandern mit den Loren, in denen launige Kohlen durch die Schneedecke hervorstecken, die Gleise auf und ab. Da — roßt die eine nicht auf den Strang zur Fabrik? Langsam, naierend die hoffende Seele, schlingert sie sich auf die Weiche zu — jetzt — muß sie rechts ab — ach, sie bleibt auf dem geraden Wege, schüttelt zu den andern, eine Maschine setzt sich vor die Weiche und fährt sie weiter, fort, fort... Die unbefruchteten Augen folgen dem Zug, bis er von der Ferne verdrückt ist.

Eines Tages aber, da ruft der Vater die Kinder, da löst eine wacklige, prüdelnde Lokomotive eine lange Reihe Kohlenwagen auf das Anschlaggleis, schwarz, wie die Post, die sie tragen, schneiden die Räder die Schienen aus der weißen Schneedecke aus, wie ein Jubelschrei schrillt die Maschine hinter den Fabrikhäusern her.

der Drohung des Einmarsches den Friedensbedingungen der Alliierten auch ohne Abänderung der Bestimmungen Zustimmung zu geben.

Der Minister bezeichnet es als völlig falsch, aus der Haltung der Regierung

den Schluß zu ziehen, als wolle Deutschland die Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht einhalten. Schon nach den bisher erfolgten Leistungen an die Alliierten könnten die Alliierten diese Umstände nicht aufrechterhalten; die Forderung der Auslieferung unterwirft die Wiederaufbau des Deutschen Reiches.

Zum Schluß sprach der Minister die Heberzeugung aus, daß die in Berlin anwesenden Ententevertreterungen, die die deutschen Verhältnisse aus eigener Anschauung sähen, dieselbe Auffassung wie die Regierung und das ganze deutsche Volk hätten.

Gefangenentrückkehr aus Rußland.

Die Reichsjustizstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Nach langer Unterbrechung kann jetzt mit dem Eintreffen eines Transportes deutscher Kriegs- und Zivilgefangener aus Rußland gerechnet werden.

Ein Funkpruch aus Moskau meldet, daß ein Transport mit 600 deutschen Invaliden, Greisen, Frauen und Kindern am 7. Februar Moskau verlassen wird.

Der Transport wird dank des Entgegenkommens der polnischen Behörden über Warschau geleitet, wo für den Empfang und die Weiterleitung alle erforderlichen Maßnahmen getroffen sind.

Die Sowjet-Regierung erwartet als unumgängliche Voraussetzung für den weiteren Heimtransport der Deutschen aus Rußland die Verhinderung jeglicher propagandistischen Umwerbung unter den in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen und Angehörigen der Vermont-Armee zum Zwecke der Verwöhnung für irgendeine antibolschewistische Front.

Heimkehrer aus Japan. Nach telegraphischer Mitteilung der Schweizerischen Gesandtschaft in Tokio hat der vierte Heimtransport deutscher Kriegsgefangener aus Japan auf dem Dampfer „Hudson Maru“ am 27. Januar Kobe verlassen. In Bord befanden sich 12 Offiziere, 14 Vortrupp-Unteroffiziere und 382 Unteroffiziere und Mannschaften, insgesamt 608 Personen.

Bis früh um fünf...

Unter diesem vielversprechenden Titel bringt ein Berliner Blatt in seiner Sonntagsnummer einen Bericht über eine Rundfahrt durch die Berliner Nachlokale, die trotz Kohlennot und Polizeistunde bis zum frühen Morgen ihre Pforten geöffnet halten und denjenigen, die es dazu haben, für riesige Summen angenehme Stunden bereiten. Man sollte annehmen, daß ein Blatt wie die „Berliner Morgenpost“, die in weiten Arbeiterkreisen gelesen wird, aus diesen traurigen Zuständen die Folgerung zöge, daß von seiten der Polizei eine strenge Kontrolle über die Einhaltung der Polizeistunde eingeführt wird. Weit gefehlt! Mit Rücksicht auf die arbeitslosen Heilner und „schloße im Verzug“ tätigen Frauen und Männer, die auch einmal des Bedarfs nach Ablenkung haben, schließt das Blatt mit dem Ruf: „Drum: Fort mit der Heuchelei der jetzigen Polizeistunde! Aber baldig!“

Dagegenüber lassen wir eine Aufschrift aus „Arbeiterkreisen“, die uns zu unserem Artikel in der Sonntagsmorgennummer zuging, reden. Sie lautet:

„Zu Ihrem heutigen Artikel bezieht sich die Verlängerung der Polizeistunde erlauben sich mehrere Arbeiter eines Betriebes, welche der S. V. D. angehören, folgendes zu bemerken: Der Herr Minister des Innern hat wohl eins vergessen, daß die Arbeiter auf ihre Kohlenkarten nicht erhalten, denn auf Nr. 2 der Karte haben wir erst 1 Zentner erhalten, so daß die Arbeiter nicht in der Lage sind, sich das bisherige Gessen für sich und Familie zu lösen, während nach wohlwollender Ertröngung der Herr Minister des Innern bereit ist, den Schlemmern und Proffern noch mehr auf die Beine zu setzen. Nur immer so weiter und viel Glück dazu!“

So sieht das Verlangen zahlreicher „im Verzug“ tätiger Frauen und Männer“ nach Ablenkung aus, für das die „S. V. D.“ so schnell eintritt. Der Arbeiter verlangt heute in allererster Linie, daß ihm neben ausreichender Verdienstmöglichkeit genügend Kohle zur Verfügung gestellt wird, um sein Essen herzustellen zu können und nach getaner Arbeit ein warmes Heim zu haben. Darüber hinaus fordert er, daß zur Behebung der Kohlennot alles unternommen wird, was nicht im Interesse der Volkswirtschaft gelegen ist, und das ist in erster Linie eine Ausdehnung der Polizeistunde.

Wenn in Interessentenkreisen darauf hingewiesen wird, daß durch eine verlängerte Polizeistunde zahlreichen arbeitslosen Heilnern Verdienstmöglichkeit gegeben wird, so sei demgegenüber nochmals betont, daß das erforderliche Mehl an Kohlen der Industrie entzogen und so auf der anderen Seite eine noch größere Arbeitslosigkeit verursacht wird.

Wenn man genügend Kohle zur Verfügung hat, so befreit man zunächst einmal im Interesse der Volksgesundheit die Gassen. Am Sonntag wurde in Neuß ein großer Protestversammlung des Deutschen Schachamerwerbverbandes und des Arbeiter-Wasserportverbandes gegen die Schließung der Schwimmbadanstalten veranstaltet. Es wurde verlangt, daß die Kapp- und Schieberläufe, die ihre Räume als gut geeignet; anpreisen und die auf dem Wege über den Schleichhandel das Vielfache der zur Inbetriebsetzung der Badeanstalten notwendigen Kohlen verbrauchen, geschlossen werden. Außerdem wäre es sehr ratsam, wenn statt der Verlängerung der Polizeistunde, eine Verlängerung des Verkehrs wenigstens auf den wichtigsten Linien durchgeführt würde. Heute wird leider von seiten der Straßen- und Eisenbahn der Verkehr nach der Polizeistunde reguliert. Es gibt aber Tausende von Menschen, die um diese Zeit noch geschäftlich tätig sind, wir erinnern nur an die Presse, und die dann das zweifelhaft Vergnügen haben, in nächtlicher Stunde weite Wege zu Fuß zurücklegen zu müssen.

Wenn also Kohlen frei sind, dann denke man zunächst an das Wohl der Allgemeinheit und wenn hier alle, aber auch alle Forderungen erfüllt sind, dann gebe man unferetwegen auch denen, die absolut nicht anders leben können, Gelegenheit, nach dem alten Bummelreze „bis früh um fünf...“ ihre Zeit loszuschlagen zu können.

Kleine politische Nachrichten.

Schließung der Eisenbahnwerkstätten in Breslau. Die Eisenbahndirektion Breslau teilt mit: Wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebes wurde Hauptwerkstättenamt Ia und Ib Sonnabendabend geschlossen. Die Wiedereröffnung erfolgt demnächst unter Einschränkung der Arbeiterzahl und unter neuen Betriebsbedingungen.

Gewerkschaftsstreik der englischen Bergarbeiter. Der Vollversammlung des Bergarbeiterbundes hat Sonnabend in Folge der Ablehnung der Verstaatlichung der Kohlenbergwerke durch den Premierminister beschloßen, zu beantragen, einen besonderen Gewerkschaftsstreik einzuberufen.

Die Einheitsgemeinde Groß-Berlin.

Gemeindevertreterkonferenz.

Die Konferenz der Groß-Berliner Gemeindevertreter der S. V. D. beschäftigte sich Sonntag aus- neue mit der Frage einer Einheitsgemeinde Groß-Berlin.

Über die bisherigen Verhandlungen des mit der Prüfung des Gesetzentwurfs betrauten Ausschusses der Landesversammlung berichtete Dr. Bruns-Berlin, der dem Ausschuss angehört. Einleitend bemerkte er, bei dem langsamen Gang der Verhandlungen sei leider nicht darauf zu rechnen, daß zum April 1920 das Gesetz in Kraft treten kann. Für den nächsten Etat der Gemeinden seien Hebergebungsbestimmungen nötig, die Einsetzung einer Kommission aus Vertretern der einzelnen Verwaltungsbereiche zur Prüfung der Statutenform mit dem Recht des Einspruchs und der endgültigen Festsetzung der Höhe. Bruns beleuchtete dann die Gründe des Widerstandes gegen das Gesetz, der immer noch, wie vor Jahreszeiten, im Anfang des Streites um Groß-Berlin, auf politische Erwägungen sich stützt. Man möchte jetzt den Gesetzentwurf in sein Gegenteil verkehren.

wandelt allein, torleind und schwachend den Weg zurück — wie eine alte Lante, die etwas mitgebracht hat.

Endlich!

Von Hand zu Hand stapfen die Vertrauensleute:

„Morgen wieder in'n Betrieb“.

Die Not der geistigen Arbeit. Am Sonnabend sprach Kultusminister Konrad Darnisch im Berliner Schriftstellerklub über die große Not, die jetzt in Deutschland alles geistige Schaffen schwer beeinträchtigt. Viel zu wenig beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit dem Elend unseres kulturellen Lebens. Während man vor dem Krieg den Wert der körperlichen Arbeit unterschätzte, spielt heute die geistige Arbeit eine noch traurigere Rolle. Das früher sozial bevorzugte Beamtenumfeld steht jetzt sozial unter dem Durchschnitt der Bevölkerung. Die Hochschullehrer sind in der bedrängtesten Lage. Es war Deutschland nicht möglich, den ersten Phisiker der Universität Göttingen, der einen Ruf in die Schweiz erhielt, zu halten. Die Gefahr der Abwanderung führender Gelehrter nach dem Ausland sei sehr groß; die Gelehrten sind heute infolge der unerschwinglichen Preise für Apparate und Materialien nicht mehr zu wissenschaftlichen Experimenten imstande. Arbeit und Fortschritt in der Geisteswelt sind aus dem gleichen Grunde zurzeit unmöglich. Die Herstellung wissenschaftlicher Literatur sei derart verteuert, daß sie nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Gemaltige Mengen wertvoller deutscher Bücher und Handschriften gehen bei dem heutigen Valutastand ins Ausland. Die Preussische Akademie der Wissenschaften habe sich gezwungen, das Erscheinen großer wissenschaftlicher Sammelwerke einzustellen. Die Lage der Hochschullehrer und Studenten sei trostlos.

Im Beamtenumfeld wachse immer mehr die Gefahr der Korruption. Lehrer und Schüler der technischen Hochschulen drohen in den praktischen Beruf abzuwandern. Auch bei Ärzten und Anwälten herrsche zum großen Teil nur ein glanzloses Elend. Mit am schlimmsten leiden die Arbeiter der Feder. Wenn auch die festangestellten Redakteure jetzt eine geringe Sicherheit besitzen, so sei es doch gerade für ihn, den Redner, als alten Sozialdemokraten ein unerträgliches Zustand, daß die, welche handwerksmäßig die Zeitungen herstellen, ungleich besser besoldet sind, als die geistigen Leiter. Den bildenden Künstler könne der Staat in Zukunft keine Verdienstmöglichkeit mehr bieten. Das Mägenatentum habe leider aufgehört, da die Jagd nach Orden und Titeln, welche reichliche Spenden brachte, aufgehört habe. Auch die guten Wägenkünstler gehen ins Ausland. Er denke daran, die gesamte Staatskörper, um das Ensemble nicht zerreißen zu lassen, auf Stoffwechsel ins Ausland zu schicken. Schwere Sorgen bereite die Kulturpropaganda der Franzosen, die Theater aufkaufen und auch sonst deutsche Bildung und Kunst zu verdrängen suchten. Hier müsse ein geistiger Grenzwall gezogen und die deutschen Kulturstätten müssen geküht werden.

Der Minister rief am Ende seiner Rede die geistigen Arbeiter auf, sich zusammenschließen und den Rassen Kampf-

machen, daß auch der Untergang unseres geistigen Lebens den Zusammenbruch bewirken werde.

Hans Heinrich Thawdowski trat in der Sezession Rille vor. Der Rille sprach, muß sich vor allem bewußt sein, daß es nicht angeht, ihn mit Gespenstern zu wachen. Die „Welle vom Cornet“, allzu oft übrigens gemahnt, als habe Rille nicht Wesentliches geschrieben, sollte nicht stehend den Hörern nahe geführt werden. Es ist unpassend, die Worte durch Körperbewegung auffällig zu unterstreichen, sie geradezu zu „reiten“. All das entfernt von Rille, verzieht keineswegs, sondern lenkt ab und verärgert. Darüber hinaus muß Thawdowski gesagt werden, daß Rille die Rille auf den Inhalt, statt den Gehalt legt. Thawdowski schließt auf den Worten, statt in sie hinein zu laufen. Dadurch wurde Rille erniedrigt; Gedichte wie der „Wahnsinn“ oder „Schlangenschwärzung“ bleiben bei Riller Art zu ausschließlich auf das Stoffliche beschränkt; das Wort wird nicht vom Buchstaben befreit, es fehlt die Erhöhung in das Geistige. Denken durch Weglassung der Figur ist hier vom Mittelsten nicht eben weit entfernt. Man wurde so das Gefühl nicht los, als hätte Thawdowski sich von dem Vortrag gesagt: heute wollen wir ein mal ernst sein. Und dieser Wille war nicht genügend abgestreift, so daß alles bewußt und gelernt herauskam. Empfindung erweckt man ja nicht durch Klatschen oder einen heftigen Schrei; hier war aber nicht, was sie sonst hätte wecken können. So kommt man nicht an Rille heran; er will beständiger in der Melodie, in der Kraft gefast sein, damit der Eindruck aufgelöst werde, den er beim Lesen stets vermittelt. hso.

Der Tuberkuloseforscher Friedmann hält heute vormittag, 10 Uhr, seine Eintrittsvorlesung als außerordentlicher Professor der Universität Berlin im Garnisonlazarett, Scharnhorststr. 13.

Theater. Am 17. Februar findet im Staatstheater die Aufführung der einaktigen Tragödie „Die Gabe Gottes“ von Dr. Goldstein mit Alvert und Gise Hoffmann in den Hauptrollen und unter Spielleitung von Reinhold Bruns statt. — Das Festspieltheater ist noch in dieser Saison eine von Frau Hel bearbeitete Dramatisierung von Dostojewskys großer Roman „Die Brüder Karamasow“ in Szene gehen.

Equivalenzwissenschaftliche Abt. erklärt Sommerfest Dr. Nagel und Rille in einem Vortrag, der am 12. Februar, abends 7 Uhr, in der Aula, Halleische Str. 24, stattfindet.

Ein Führer durch die Modemode, den der Verband der deutschen Modemodellisten herausgibt, enthält Aufsätze von Ludwig Thieden über „Die deutsche Mode im letzten Jahrzehnt“ und von Max von Boehm über „Die Republik der deutschen Mode“.

Ueber die Sickerparade spricht Gartenbirecht Ludwig Kessler am 14. Februar, abends 7 Uhr, im Hofsaal des Rathenower-Schulsaals, Prinz-Albrecht-Strasse. Mit farbigen und schwarzen Bildern. Am 19. Februar folgt ein Vortrag im „Vereinshaus deutscher Ingenieur“ über „Wägen im Osten und Westen im Garten“.

Ein Revolutionsdrama „Ecco Homo“ von Karl Heidmann hat künstlerisch einen starken Eindruck gemacht, wurde im Liedertheater uraufgeführt.

Die Zeit Groß-Berlins... man will den Bezirksverwaltungen möglichst viel Rechte geben, damit die Einzelgemeinden mit ihrer durchdringenden Kenntnis der Verhältnisse... Der Referent erklärte die vom Ausschuss bisher beschlossenen Neuänderungen... Die der Umfang des künftigen Groß-Berlins noch erweitert wurde, ist zu billigen... und unter dem Reichsfinanzministerium werden die Gemeinden trotz Steuerüberwälzungen weitere Einrichtungen aus eigenen Mitteln machen müssen, wobei den entfernteren Gegenden keinen Gewinn aus dem Anschluss an Groß-Berlin nur nützen kann... In Groß-Berlin wird die Stadtkommissionenverfassung 25 Mitglieder, der Magistrat 50 Mitglieder haben. Ein Drittel des Magistrats soll aus Nichtberatern bestehen, wogegen man Bedenken haben kann, weil hierin eine Erhöhung für die Wählerbewilligung liegt... Um die Rechte der Bezirksverwaltungen — das ganze Gebiet Groß-Berlins wird in 20 Bezirke eingeteilt — ist im Ausschuss ein heftiger Kampf entbrannt. Die Gegenüber der wirklichen Einzelgemeinden mit weitgehender Zentralisation

und der die Rechte der Einzelgemeinden wenig antastenden „Gesamtgemeinden“ sind hier scharf aufeinander gerannt. Die Zentralisation und die der Regierungsentwürfe es vorsehe, das Recht haben, die Ausführung von Beschlüssen der Bezirksverwaltungen zu verhindern, wenn das Gesamtinteresse es erfordert. Der Groß-Berliner Magistrat hat auch die von den Bezirken aufgestellten Bezirksräte zu prüfen und festzusetzen. Man darf dabei nicht an den Magistrat denken, den Berlin jetzt noch hat. Auf die Zusammenfassung des Groß-Berliner Magistrats kann ja jeder Bezirk und möglichst starke Beteiligung an den Wahlen zur Groß-Berliner Stadtkommissionenverfassung seinen Einfluss ausüben. Die Bezirksverwaltungen haben je nach der Größe des Bezirkes 15 bis 45 Mitglieder, daneben aber besteht als ausführendes Organ das Bezirksamt mit je 7 Mitgliedern. Jede bisherige Gemeinde kann sich noch einen „Ordnungsrat“ wählen, der dann einen nach dem Verhältnis zu wählenden Beirat erhält. Die Frage über eine mögliche Einschränkung der Selbstverwaltung in den Bezirksverwaltungen ist unbegründet, vielmehr wird überall

das kommunale Einzelleben erhalten und gefördert. Weiter darf aber nicht gegangen werden, wenn man nicht Groß-Berlin gefährden will. Es ist schon der Referent, dringend nötig, daß die Einzelgemeinden nicht durch Sonderwünsche die Zentralisation noch steigern. (Beifall.)

In der Diskussion bestrich Herr Rittler, Berlin das bisherige Ergebnis der Austauschberatungen als wenig erfreulich. Er forderte Unterordnung der Einzelinteressen unter das Gesamtinteresse Groß-Berlins. (Auskunft.) Dr. Forchardt-Charlottenburg wachte im Hinblick auf die kommende neue Stadtkommission die Erhaltung der Frage Groß-Berlin noch hinausgeschoben. In Groß-Berlin werde der Vorkauf von Grund und Boden und Selbstverwaltung überhaupt nicht mehr möglich sein. Nach der Übernahme Groß-Berlins als Verwaltungsbezirk werde der Provinzialrat finanziell geschwächt sein und außerdem in ihm das reaktionäre Element das Übergewicht haben. Gustav Kabisch bedauerte, daß in kommunalpolitischen Fragen sogar Sozialisten manchmal trübselige Individualisten sind. Der Vorschlag sei sehr schon so vermerkt, daß Groß-Berlin nur noch ein höherer Zweckverband sein werde. Dahnert-Berlin wies hin auf die Notwendigkeit einer zentralen Schulbehörde für Groß-Berlin und empfahl folgenden Antrag des bei der kommunalen Konferenz der S. P. D. bestehenden Ausschusses für Schul- und Erziehungsfragen: Die Konferenz verlangt bei der Neuordnung der Schulbehörden die Einrichtung eines eigenen selbständigen Stadtschulamts für Groß-Berlin, das unmittelbar dem Ministerium für Wissenschaft und Unterricht ist. Soweit Aufgaben der Gemeinden in Frage kommen werden, wird das Stadtschulamt als Organ des Magistrats, soweit Aufgaben des Staates zu erledigen sein werden, handelt es im Auftrage des Staates und zwar mit Vorwissen, wie sie einer Bezirksregierung zusteht. Der Vorstand wachte sich Hermann-Kreuzfeld unter entschiedener Betonung des Gedankens der Einzelgemeinden Groß-Berlin. Die allein die ärmeren Gemeinden aus ihrer Notlage befreien kann. (Bestimmung.) Herr Kabisch hält die bisherigen Ausschüsse für nicht zu weitgehend. Es müsse bald entschieden werden, damit die Einzelgemeinden wissen, wie weit sie z. B. in der Lebensmittelversorgung noch selbständig handeln dürfen. Groß-Berlin habe die Befähigung im Interesse der entfernteren Gegenden die Zentralisationsbestrebungen des Ausschusses. Im Schlußwort erklärte Brunns, die von den Gegnern des Gesamtinteresses verlangte Beschränkung der Groß-Berliner Zentralisation auf einen engen Kreis von Kompetenzen sei unannehmbar. Mit der Provinz Brandenburg werde sich Groß-Berlin auseinandersetzen müssen.

Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Zweck der Konferenz war nur, über den Stand der Sache zu unterrichten. Der Antrag Dahnert wurde zurückgezogen. Der Vorstand wird ihn unseren Genossen in der Landesversammlung als Material überweisen.

Groß-Berlin

Notstand der Kriegsoffer.

Mehrere Tausend Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen von Gefallenen hatten sich gestern auf Einladung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten im großen Saale der Neuen Welt versammelt, um für eine zeitgemäße Aufbesserung ihrer Lage zu demonstrieren. Der Referent Wader (Gauverwalter des Reichsbundes) sagte, er lege die Regierung, die Volkserrettung, ja das ganze Volk an, weil für die Opfer des Krieges nicht ausreichend gesorgt werde. Die Zahl der Opfer lasse sich jetzt überschauen. Es gebe über 600 000 Witwen, 1 200 000 Waisen und etwa 600 000 andere Hinterbliebene. Die Zahl der Kriegsbeschädigten sei im September auf etwa 900 000 festgestellt worden. Seitdem sei ein monatlicher Zugang von 200 000 aus Lazarett und aus den Reihen der zurückgeführten Kriegsgefangenen zu verzeichnen. Wenn man die Angehörigen der Versorgungsberechtigten hinzurechnet, dann muß man etwa den fünften Teil des ganzen Volkes als Kriegsoffer betrachten. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben unter Anwendung der ihnen zu Gebote stehenden Kampfmittel ihre Einkommen aufbessern können. Auch Reich und Staat hätten für diesen Zweck Mittel anwenden müssen. Aber für die Kriegsoffer habe man nichts übrig. Der Erlaß, der Deutschland ins Elend geführt habe, solle noch oberhalb eine Befreiung von 100 Millionen Mark erhalten. Wenn solche Summen an solche Leute verschwendet werden, können die Finanzminister nicht sagen, es seien keine Mittel vorhanden. Für die Kriegsoffer sei es jetzt an der Zeit, andere Seiten aufzuziehen und ganz energisch eine

Berücksichtigung ihrer berechtigten Forderungen zu verlangen. Die Kriegsoffer, die nur auf ihre Renten angewiesen sind, befinden sich in einer drückenden Lage. Sie appellieren an das Volk, besonders an die Arbeiterschaft, daß ihnen eine den Lebensverhältnissen entsprechende Aufbesserung zugefunden werde. Sämtliche Diskussionsredner schlossen sich zum Teil in sehr scharfen Ausführungen gegen die Regierung den Darlegungen des Referenten an. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die u. a. besagt: „Einstimmig unterstützt die Versammlung die von den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen aufgestellten Forderungen: Gewährung einer einmaligen Wirtschaftshilfe, sofortige wesentliche laufende Rentenerhöhung, Uebertragung der Mittel der Nationalisierung an die soziale Fürsorge unter weitestgehender Mitwirkung der Hinterbliebenen, Fortgewährung der Mittel der Kriegswohlfahrtspflege und u. a.“

Vertragliche Verabschiedung des Gesetzes über den Einstellungszwang.

Einstimmige Annahme fand auch eine zweite Resolution, die gegen die geplante Abziehung des Erlaßes scharf protestiert und fordert, daß die Schöffer und Parls in Erfüllungszuständen umgewandelt werden. Der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten hielt gestern vier Verhandlungen ab, die sofortige Gewährung einer einmaligen Wirtschaftshilfe für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene sowie Gewährung von laufenden Leistungszulagen, die den bestehenden Lebensverhältnissen entsprechen verlangten.

Der Kampf gegen die Höchstmieten.

Die Hausbesitzer können sich absolut nicht beruhigen. Die Verordnung über die Höchstmieten hat sie in namenloser Wut gegen den Minister Stegerwald verfaßt. Kein Wunder, ist doch ihr Allerheiligstes, ihr Geldbeutel, in Gefahr. So lassen die „Kriegsbeschädigten“ keine Gelegenheit unbenutzt, um mit mächtigem Getöse ihre papierernen Proteste in die Welt zu senden. Am Sonntag tagte in Berlin der 21. ordentliche Verbandstag des Preussischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine. Als erster Redner legte sich der Geheimrat Jutzirat Vornholz für das verfallene Prellklassenwahlrecht ins Zeug, denn anders ist seine Forderung nach „Eichung“ gegen den Mißbrauch des allgemeinen Stimmrechts bei den Gemeindevahlen nicht zu verstehen. Die Aussprache über die Höchstmietenverordnung nahm scheinbar einen sehr harmlosen Verlauf. Die Verordnung wurde selbstverständlich als nicht zu Recht bestehend bezeichnet. Mächtige Apathie lag man vor der Sozialisierung der „Bemittlung“ des Hausbesitzes. Herr Radendorff, der Hauptling der Berliner Hausbesitzer, ging mächtig mit Herrn Stegerwald ins Geschirr, den er schlecht und einseitig beraten nannte und als den intimsten Freund Damajches hinstellte. Mit viel Getöse wurde verkündet, daß man sich vor einem Mieterstreik absolut nicht fürchte und daß sich der Berliner Wohnungsbau trotz der Beanstandung seines Beschlusses durch den Oberpräsidenten nicht einschüchtern lassen und demnachst entsprechende (?) Maßnahmen setzen werde. Die angenommene Resolution bewegte sich natürlich im Rahmen der Referate und warnte daher, in unbedachter Weise aus Furcht vor der Strafe durch die Höchstpreisverordnung neuen Sündenstoff in das Volk zu tragen. Der mit viel Theaterdonner ingenierte Protestruf der Hausbesitzer gegen die Höchstmietenverordnung wird ihnen nicht nützen. Der Wohlfahrtsminister wird sich nicht im Rockfalten jagen lassen, und die Mieter werden, wenn die Hausbesitzer die Dinge auf die Spitze treiben, den Beweis dafür erbringen, daß die Hausbesitzer den Mieterstreik sehr wohl zu fürchten haben.

Der Dank Tirols.

Der Bürgermeister der Landeshauptstadt Innsbruck hat für die seiner Gemeinde aus dem Groß-Berliner Hilswerk überwiesenen Liebesgaben an Oberbürgermeister Wermuth den Dank Tirols übermitteln. In dem überaus herzlich gehaltenen Schreiben heißt es u. a.: „Sprechen Sie, hochverehrter Herr Oberbürgermeister, der gesamten Bevölkerung und namentlich den Groß-Berliner Schültern, in deren jungen Herzen Menschlichkeitsgefühl und wertvolle Liebe zu ihren Stammesgenossen schon zu schöner Blüte sich entfaltet haben, unseren herzlichsten und innigsten Dank aus. Offenlich wird es und einstmal, wenn die jugendlichen Wohlthäter erwachsen und wieder bessere Tage für das gesamte deutsche Volk gekommen sein werden, gegnend sein, recht vielen von ihnen durch gaffendste Aufnahme in unserer schönen Vergewelt den Dank für das an und getragene Liebeswerk auch in der Tat abtrotzen zu können. Ein Volk, dessen Jugend mitten in eigener Not, so edler Regungen fähig ist, kann trotz aller schwersten Schicksalsschläge, von denen es betroffen wurde, nicht dem Untergang geweiht sein.“

Frau Banknotenfälscher.

Am 16. v. M. erschienen in den Tageszeitungen Bekanntmachungen der Darlehnskasse Ost, die vor neunzig Tagen, gut hergestellten Fälschungen der zehn Rubel Scheine dieser Kasse warnten. In List waren auf einmal für 300 000 R. solcher Fälschungen in Umlauf gebracht worden. Küstler Kriminalbeamte stellten die Ingenieure Feil Klein aus Breslau und Karl Schönborg aus Berlin als die Herausgeber fest. Die Reichsbankfalschungsabteilung hat sie als Fälscher der Scheine und die Eheleute Domke und den Buchdruckereibesitzer Kania aus der Alsterstr. 4 als ihre Mittäter erlaurt. Es wurde festgestellt, daß die Eheleute Domke und der Buchdruckereibesitzer Kania bereits seit mehreren Jahren Banknotenfälschungen betrieben. Der Gedanke zur Herstellung der Rubelnoten war von Schönborg ausgegangen, der als Soldat zuerst im Ostikum gefangen hatte. Er hat sich auch mit dem Ingenieur Klein an der Herstellung dieser Scheine tätig beteiligt und auch den Vertrieb der falschen Rubelnoten übernommen, die man in der Domfischen Fabrik in Jähänder, die ebenfalls von Kania gedruckt waren, gelangt hatte. Die Banknoten, die sämtlich gefälscht sind, wurden in das Unterjochungsgefängnis eingeliefert, nach Frau Domke, die das Geschäft für ihren künftigen Ehemann führte. Die Fälschfabrik wurde geschlossen.

Vermischte Volkswirtschaften.

Die Wucherzählung des Polizeipräsidenten erzählt, daß Bismarckstraße 65 im Gedränge ein ungewöhnlich reicher Verkehr von Herren und Damen herrschte. Man klopfte sich dort zu einem fünf-Uhr-Tea zu versammeln, der sich jedoch bis in die Nacht hinein ausdehnte. Man begann ganz harmlos, holte dann aber aus geheimen Kömmer, Karten, Schüss und widmete sich eifrig dem Spiel. Am Sonnabend erhielt Kriminalkommissar Döppe mit zwei Beamten ohne Einladung Zutritt. Die Dinge entwickelten sich wie immer. Köhlich oder unterbrochen der Kommissar und seine Beamten das Spiel, indem sie sich zu erkennen gaben, alle Spielgeräte beschlagnahmten und Spieler und Spielerinnen feststellten. — Am Freitag wurde aus dem Stadtkanal die Leiche eines jungen Mannes gefischt, der in seiner Tasche einen Zettel mit nachfolgender Aufschrift hatte: „Ich kann es beschwören, daß ich das Geld verloren haben muß auf dem Wege nach der Hauptstadt nach der Cranienstraße. Karl Weiser.“ Die Persönlichkeit des Toten ließ sich nicht feststellen. Die Leiche wurde dem Schutzhause übergeben. — Ihre Dienstverpflichtung um 15 000 R. bestanden hat das 24 Jahre alte Dienstmädchen Emma M e r o y s t a, das diebstahls von der Kriminalpolizei gefaßt wird. Das Geld bestand aus 600 Pfundmarktscheinen und 50 Einhundertmarktscheinen.

Streik der Schwer- und Leichtfuhrwerkskutscher.

Die Kutscher der gewerblichen Fuhrwerksbetriebe Groß-Berlins beschloßen Sonntag in einer sehr stark besuchten Versammlung, das Angebot der Unternehmer als unzureichend abzulehnen und überall da in den Streik zu treten, wo ihre Forderungen nicht bewilligt werden. Die Organisationsleitung konnte, weil ein Tarifverhältnis besteht, ihre Zustimmung zu dieser Arbeitseinstellung nicht geben.

Groß-Berliner Lebensmittel.
Viehfleisch. 375 Gramm Gruppen I und II. 250 Gramm Warmelade (6). 200 Gramm Rindfleisch und 100 Gramm Kalbsfleisch (5—5a der Kartoffelkarte). 1 Flasche Mehlwein für 60-jährige Dienstag und Mittwoch in der Nacht. Für demnächstige Anwesenheit 250 Gramm Käsefleisch.
Gemüsedarf. Heute Ausgabe von Kartoffelscheiben für Februar für Haushaltungen ohne Gas.
Zemmelhof. 125 Gramm Teigwaren (112). 250 Gramm Nudeln (119). 200 Gramm Grießmehl (3 27). Für Kinder im 3. und 10. Lebensjahre auf Magermilch für Januar-März, Gruppe II: 1 01 und 1/2 Pfund Zwiebeln.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2.—8. Abt. Gruppe Südwest-Bez. Aufsatz über Betriebsräte und Gewerkschaften in der Schule Rittenwalder Str., wird auf Beschluß des Vorstandes aufgeschoben.
25. Abt. Heute 7 Uhr Sitzung der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre bei Kämpfer, Weststr. 17.
37. Abt. Mitgliederversammlung Dienstag, 7 Uhr, „Kreuzhof“, Berliner Str. 25. Genosse Wolfgang Selmer: Die preussische Sozialisation.
44. Abt. Genossen, deren Kinder die 100. Gemeindegasse besuchen, am Dienstag, den 19. Februar, 7 Uhr, bei Herrn, Panstr. 60, Zusammenkunft. Bestenfalls und Freunde sind eingeladen.
Neudamm. Dienstag, 7 Uhr, Restaurant Schwengel, Elbstr. 8. Versammlung der Genossen, deren Kinder die Volksschule, das Realgymnasium in der Kaiser-Friedrich-Straße und die Präparandenanstalt besuchen. Alle Eltern und Angehörige der S. P. D. werden gebeten, an dieser Besprechung teilzunehmen.
Friedrichstraße. Dienstag, 7 1/2 Uhr, bei Habeland, Wilhelmstr. 23. Versammlung. Tagesordnung: 1. Die politische Lage, Referent Genosse Rob. Bendel. 2. Die Elternvereinsarbeiten.
Charlottenburg. Dienstag, 7 Uhr, im „Goldhaus“: Kombinierte Sitzung des Wahlvereins. Mittwoch, 7 Uhr, bei Schumann, Charlottenstraße 24, am Wilhelmplatz, außerordentliche Mitgliederversammlung.
Alt-Grüne-Hallenberg. Dienstag, 10 1/2 Uhr, bei Behn, Grünauer Str. 13, Jähänder.

Jugendveranstaltungen.

Sozialistischer Schülerbund. Heute 7 Uhr im Jugendheim, Bismarckstraße 3, 2. Hof links, 3. Etz. Vortrag des Gen. Thomas: „Zusammenschluß der proletarischen und intellektuellen Jugend“. Alle Schüler höherer Lehranstalten, die auf unserem Boden stehen, sind eingeladen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verein für Volkshygiene. Dienstag, 8 Uhr, Vortrag des Prof. Dr. Strauß: „Krankheiten aus unzureichender Ernährung“, im Zimmer 109 des Rathauses zu Berlin, Altdammstr. — Verband sozialistischer Ärzte und Vegetarier. Sitzung Dienstag, 8 Uhr, in der Aula hinter der Vorkassette. Thema: „Personaleiten“.

Gewerkschaftsbewegung

Konferenz der Leiter sozialer Baubetriebe.

Im Gewerkschaftshaus in Hamburg fand am 5. und 6. Februar eine Konferenz der Leiter baugewerblicher Produktionsgenossenschaften und anderer sozialer Baubetriebe statt. Sie wurde einberufen vom Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, der vom Bauarbeiterverbandstag in Weimar den Auftrag zur Förderung der Sozialisierung bekommen hatte. An der Konferenz nahmen außer etwa 60 Delegierten sozialistischer Betriebe auch der Vorstand und Beirat des Bauarbeiterverbandes sowie Vertreter fast aller anderen baugewerblichen Arbeiterverbände teil. Ferner hatten das Reichsarbeitsministerium und der Reichskommissar für das Wohnungswesen, die Bundesratgeber von Hamburg, der Magistrat der Stadt Kiel, der Zentralverband und die Großhandelsfirma deutscher Bauunternehmer sowie eine Reihe anderer Körperlichkeiten und Behörden Vertreter entsandt.

Nachdem mehrere Gütige Begrüßungsansprachen gehalten und der Konferenz guten Erfolg gewünscht hatten, eröfnete Ellinger-Hamburg Bericht über den Stand der Sozialisierung im Baugewerbe. Es war daraus zu entnehmen, daß man sich zuerst in zahlreichen deutschen Städten mit der Sozialisierung des Baugewerbes beschäftigt. Außer von den Bauarbeitern und Bauunternehmern wird die Sozialisierung auch von einem großen Teil der deutschen Baugewerbetreibenden für notwendig erklärt, weil man einseht, daß nur durch die Sozialisierung die Arbeitslosigkeit der Arbeiter zu heben, die Arbeitsleistung zu steigern, und darüber hinaus auch durch die Ausschöpfung oder Verwertung des heute außerordentlich hohen Unternehmerprofites eine Verbilligung der Baukosten zu erreichen ist. Ueber die beste Form der Sozialisierung und über den Weg, der zur Sozialisierung führt, gehen aber heute die Meinungen noch auseinander. Der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat sich für die Sozialisierung des Baugewerbes auf dem Wege der Verstaatlichung und Kommunalisierung ausgesprochen. Dieser Forderung hat der Schöneberger Stadtrat Dr.-Ing. Wagner seinen Sozialisierungsplan gegenübergestellt. Wagner will unter Mitwirkung von Staat und Gemeinden soziale Baubetriebe gründen, die von baugewerblichen Kopf- und Handarbeitern verwaltet und geleitet werden sollen. Die sozialisierten Betriebe will er zusammenfassen zu einem Verband, der später — nach Durchführung der Sozialisierung — zusammen mit den einzelnen sozialisierten Betrieben, Eigentümern der baugewerblichen Produktionsmittel und Träger der gesamten Bauproduktion werden soll. Bis jetzt ist nur in Berlin eine soziale Baugesellschaft mit Mitteln des preussischen Staates, der Provinz Brandenburg und der Groß-Berliner Gemeinden gegründet worden. Jedoch sind in den verschiedensten Teilen des Reiches Bauarbeiter-Produktionsgenossenschaften entstanden, die im wesentlichen die gleichen Ziele verfolgen, wie die soziale Baugesellschaft in Berlin. Auf der Konferenz waren nahezu 40 solcher Genossenschaften vertreten, außerdem zwei städtische Baubetriebe und einige Baugesellschaftsbetriebe. Eine größere Anzahl von Genossenschaften in allen Teilen Deutschlands ist in der Gründung begriffen.

Am Anschluß an den Bericht Ellingers erstatteten die Delegierten der einzelnen sozialen Baubetriebe Bericht über die Erfahrungen, die seit ihrer Gründung bereits gesammelt worden sind. Dabei wurde übereinstimmend hervorgehoben, daß die Arbeitsleistung in den sozialisierten Betrieben erheblich größer ist als in den privaten Unternehmernbetrieben. Stadtbaurat Dr. Nitzler vom städtischen Baubetrieb in Neudamm konnte z. B. in mehreren Fällen über eine Verbilligung der Baukosten für die Stadt von mehr als 25 Proz. berichten.

Am zweiten Verhandlungstage wurde über die Gründung eines Verbandes sozialer Baubetriebe und über die Finanzierung der sozialen Betriebe verhandelt. Stadtbaurat Dr. Wagner und der kaufmännische Leiter der sozialen Baugesellschaft in Berlin, Herr Thielmann, wählten dazu die einleitenden Referate. In der Diskussion stimmten alle Redner, bis auf einen, der Gründung eines Verbandes sozialer Baubetriebe grundsätzlich zu. Die Konferenz nahm schließlich nach eingehender Beratung einstimmig folgende Entschlüsse an:

Die erste Konferenz sozialistischer Baubetriebe und Baugesellschaftsbetriebe erklärt die Vergesellschaftung des Bau- und Wohnungswesens für eine unbedingte Notwendigkeit. Die Konferenz ersucht zur Durchführung der Vergesellschaftung die unterstützende Mithilfe der Regierungen, Behörden, aller gemeinnützigen Körperschaften sowie insbesondere auch aller Arbeiter und Angestellten.

